



Abschlussstagung des Forschungsprojekts „KlimaAlltag“ zeigte, welche Instrumente und Maßnahmen sinnvoll sind*

„Energiesparen ist gut für das Klima und schont den Geldbeutel.“ Mit dieser Botschaft wenden sich heute viele Kommunen an Ihre Bürgerinnen und Bürger, um sie zu einem nachhaltigeren Handeln in ihrem Alltag zu bewegen. Broschüren und Flyer zum Umgang mit Energie oder Mobilität sind sinnvoll, führen aber noch nicht ans Ziel. Alltagsgewohnheiten lassen sich offensichtlich nur langsam ändern. Wichtig ist deshalb, ganz konkrete Möglichkeiten zum Klimaschutz im Alltag sichtbar zu machen und attraktiv zu vermitteln.

Rund 60 Prozent der von Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen entstehen direkt oder indirekt durch privaten Konsum, Mobilität, Heizung sowie Ernährung. Wie aber kann man Menschen erreichen, damit sie ihr Potenzial zum klimabewussten Leben besser ausschöpfen? Wie könnte die Bereitschaft zu umweltverträglichen Alltagsroutinen gefördert werden, so dass sich der CO₂-Ausstoß von elf Tonnen pro Kopf auf klimaverträgliche zwei Tonnen reduzieren ließe?

Das war die Frage, die die Forscher vom ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Uni Graz in ihrem Forschungsprojekt „KlimaAlltag“ untersuchten. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die ForscherInnen konzentrierten sich auf die Felder Energienutzung im Haushalt, Ernährung und Mobilität, weil diese den Großteil der Klimaemissionen ausmachen und von starken Alltagsroutinen geprägt sind. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts „KlimaAlltag“ wurden im November 2013 in Frankfurt am Main im Rahmen der Abschlussstagung im Kreis von Experten aus kommunaler Praxis und Forschung vorgestellt und diskutiert.

Klimaschutz im Alltag: Große Potenziale vorhanden

Erst etwa 21 Prozent der 2000 in Frankfurt und München befragten Bürgerinnen und Bürger achten in den Bereichen Einkaufen, Wohnen und Mobilität auf Klimaschutz. Weitere 26 Prozent sind zumindest in einem der drei Bereiche engagiert.

Die gute Nachricht: Die Befragungen zeigten, dass Viele bereit sind, mehr für den Klimaschutz zu tun. Und hier können Kommunen ansetzen, um dieses Potenzial auszuschöpfen, indem sie klimafreundliches Verhalten unterstützen. Die Maßnahmen müssen jedoch möglichst alltags- und praxisnah sein, wie z.B. der Energiesparservice der Caritas in Frankfurt am Main, der sehr erfolgreich einkommensschwache Haushalte berät und unterstützt.

Möglichkeiten zum „Ausprobieren“ schaffen

Zu wissen, wie man Energie und damit Geld sparen kann, reicht jedoch allein nicht aus: Veränderungen im Alltagsverhalten müssen auch eingeübt werden. Kostenlose Schnuppertickets für den ÖPNV, wie in München, helfen dabei ebenso wie individuelle, ebenfalls kostenlose Stromsparberatungen, wie sie München und Frankfurt in größerem Umfang fördern. Einen Schritt weiter ging der Kölner Feldversuch, bei dem in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW 80 Haushalte sechs Monate lang Klimaschutz im Alltag erprobten. Der Feldversuch machte deutlich, dass sich Menschen auf Themen einlassen, denen sie bisher ablehnend gegenüberstanden, wenn sie dabei mit Ratschlägen begleitet wurden und Feedback erhalten.

Ein wichtiges Forschungsergebnis ist zudem, dass sich – entgegen landläufiger Meinung – einkommensschwache Haushalte klimafreundlicher verhalten: Wenn sie auch kaum Biolebensmittel einkaufen und oft nicht in der Lage sind, energieeffiziente Neugeräte anzuschaffen, so fällt ihre CO₂-Bilanz dennoch deutlich besser aus als die der „reicheren“ Haushalte. Grund: Ihr Konsumniveau ist deutlich niedriger, sie fahren weniger Auto (besitzen oft gar keines) und fliegen seltener oder gar nicht in den Urlaub.

Bürgerinnen und Bürger für Klimaschutz sensibilisieren

Kommunen, so wurde deutlich, verfügen grundsätzlich über wenig Spielräume, um die Ernährung oder den Energieverbrauch ihrer Bürger direkt zu beeinflussen. Ordnungsrechtliche Möglichkeiten sind eher begrenzt bzw. hängen sehr von bundespolitischen Vorgaben ab. Dennoch können Städte und Gemeinden einiges tun, um Bürger für das Thema Klimaschutz zu sensibilisieren.

Frankfurt hat mit seiner „Stromspar-Prämie“ wertvolle Erfahrungen gesammelt. Die anfangs angestrebten 5000 Prämien pro Jahr konnten zwar bei weitem nicht erreicht werden – das Instrument war in der Kommunikation zu komplex, die dreijährige Frist zu lang und die Prämie erscheint vielen als zu gering, weil sie ihre Ersparnis infolge geringeren Energieverbrauchs nicht einrechnen. Dennoch ist es ein wichtiges Instrument, das auf der Ebene der Bewusstseinsbildung wirkt.

Anstatt „Sparen“: mehr Lebensqualität durch nachhaltiges Handeln

Wenn es um Klimaschutz geht, fällt häufig das Wort „Energiesparen“. In der Diskussion der Abschlusstagung wurde deutlich, dass dieser Begriff grundsätzlich eher negativ konnotiert ist. Wer genug Geld hat, den/die interessiert Sparen nicht unbedingt, und wer wirklich sparen muss, möchte womöglich nicht ständig daran erinnert werden. Hier stellt sich die Frage, ob bei Klimaschutzinstrumenten, die sich an die Bürger wenden, nicht umgedacht werden muss: Statt beim Sparen anzusetzen, könnten sich die Kampagnen an den Interessen, Wünschen und auch Sehnsüchten der Verbraucher und Verbraucherinnen ausrichten. Damit könnte die Abkehr von einem energie- und CO₂-intensiven Lebensstil in den Vordergrund rücken. Denn ein hohes Konsumniveau, hoher Energieverbrauch oder viel Mobilität haben mitunter erhebliche Schattenseiten.

Oft sind Stress, Hektik, Zeitmangel, gesundheitliche Probleme, Unzufriedenheit, sogar Sinnleere die Folge eines nicht nachhaltigen Lebensstils. Alternative Modelle, könnten hier – gut vermarktet – durchaus Strahlkraft erlangen (wie es z.B. beim Carsharing schon funktioniert: individuelle Entlastung statt abstrakter CO₂-Verzicht). Die Erkenntnisse der Hirnforschung, Psychologie und Nachhaltigkeitskommunikation zeigen: Festsitzende Gewohnheiten können nur durch das Erproben von positiv erlebten Handlungsalternativen verändert werden.

In Zukunft sehr viel wichtiger werden zielgruppenbezogene Aktivitäten (z.B. für Neubürger, finanziell schlechter Gestellte, ältere Menschen) sowie alltagsnahe Kampagnen in Stadtteilen, oder Aktionen bei Vereinen oder öffentlichen Festen, wie sie u.a. die Stadt Marburg plant.

Ehrgeizige Ziele und lokale Governance

Am Beispiel München wird deutlich, dass klare Ziele (die Stadt will ihre Klimaemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent reduzieren) wichtig sind, um die Kooperation der Ressorts innerhalb der Stadtverwaltung beim Querschnittsthema Klimaschutz zu unterstützen. „Integrierte Zusammenarbeit muss gewollt, geübt und konsequent verfolgt werden“, sagt Klaus Illigmann von der Stadtplanung in München. In Frankfurt gebe es dafür klare Leitlinien, berichtete Werner Neumann vom Energiereferat, doch die reichten nicht. Es komme darauf an, die Kooperation anhand konkreter Projekte voranzutreiben.

Dabei wäre es sicher auch sinnvoll, die Bürger regelmäßig und mit phantasievollen Methoden darüber zu informieren, wie die Zielerreichung vorankommt, damit sie erkennen, dass ihre vermeintlich kleinen Beiträge im großen Ganzen eben doch Wirkung zeigen (Feedback).

Wie in anderen Institutionen sind auch in den Städten Menschen wichtig, die das Thema Klimaschutz zur „Chefsache“ machen und Verwaltung aber auch Bürgerinnen und Bürger motivieren. Naturgemäß sollten das vor allem die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister sein.

Verzahnung mit sozialen und zivilgesellschaftlichen Ansätzen

In vielen Städten gründen Bürgerinnen und Bürger Initiativen und Projekte, die die Lebensqualität und Nachhaltigkeit in den Städten verbessern wollen – von Urban Gardening über Tauschringe bis hin zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten oder offenen High-Tech-Werkstätten. Diese Aktivitäten können dem Klimaschutz Attraktivität verleihen und bergen daher ein wichtiges Potenzial für die Realisierung von Klimaschutzzielen in Kommunen.

Für die kommunalen Akteure des Klimaschutzes ergeben sich hieraus wichtige Fragen: Wie können solche Initiativen unterstützt werden? Welche gemeinsamen Schnittstellen gibt es, um diese Trends aufzugreifen und zu verstärken?

Offene Forschungsfragen

Das Forschungsprojekt konnte nicht alle wichtigen Fragen abschließend beantworten. So war z.B. der Bereich Konsum nicht Gegenstand des Forschungsprojekts und es konnte nicht untersucht werden, welche Instrumente es für Kommunen gibt, um Ernährung klimafreundlicher zu gestalten. Zudem wurde deutlich, dass es die Datenlage der Kommunen nicht zulässt, belastbare Aussagen darüber zu machen, wie sich die klimapolitischen Instrumente der Kommunen auf die soziale Situation der Bürger auswirken (Verteilungswirkung). So bleibt unklar, welche Einkommensgruppen zum Beispiel Stromsparprogramme nutzen und finanziell davon profitieren.

Für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen ist es aber besonders wichtig, ökologische und soziale Aspekte miteinander zu verbinden. Dieser Zusammenhang sollte in künftigen Forschungsprojekten weiter analysiert werden. Zudem sollte das Monitoring klimapolitischer Maßnahmen nicht auf die ökologischen Effekte begrenzt bleiben, sondern auch die sozialen Wirkungen langfristig erfassen.

**Die Abschlusskonferenz wurde moderiert und dokumentiert von Heike Leitschuh, Publizistin und Moderatorin für Nachhaltigkeit, Frankfurt (www.fairwirtschaften.de)*